

# Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10

September/Oktober 1987

5 Schilling

## **Bundesparteitag 1987 — Kampf gegen die Gefahr von rechts**

**Die Gegner der SPÖ versuchen der Öffentlichkeit einzureden, der Bundesparteitag 1987 werde im Zeichen heftiger Personaldebatten stehen. Sie wollen damit von den großen inhaltlichen Fragen ablenken, mit denen sich die höchste Körperschaft unserer Partei auseinandersetzt. Natürlich kann es auch Differenzen bei personellen Entscheidungen geben. Aber sie werden den Parteitag bestimmt nicht prägen.**

Im Mittelpunkt werden jene Fragen stehen, die die arbeitenden Menschen bewegen: der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Abwehr von Angriffen auf soziale Errungenschaften, die Verteidigung der verstaatlichten Wirtschaft, die Abwehr des Versuchs, Eigentum der Republik an das Auslandskapital zu verschleudern. Auch die Frage der Rüstungsproduktion wird lebhaft diskutiert werden.

Der Bundesparteitag wird sich, wie das auch bei früheren Parteitagungen geschehen ist, zum Kampf für den Frieden, zur Beendigung des Wettrüstens bekennen. Diesmal können wir darauf hinweisen, daß im Ringen um die Erhaltung und Festigung des Friedens wesentliche Fortschritte erzielt wurden. Die Weltmächte sind einander näher gekommen, und es ist zu hoffen, daß sie gemeinsam den Irrsinn des Wettrüstens beenden.

### **An Waldheim nicht gewöhnen!**

Aus der Sicht der sozialistischen Freiheitskämpfer sollte der Kampf gegen die Gefahr von rechts auch auf dem Bundesparteitag einen breiten Raum einnehmen. Es hat in letzter Zeit an neonazistischen Provokationen und antisemitischen Exzessen nicht gefehlt. Der Kampf gegen die Gefahr von rechts ist von der Frage Waldheim nicht zu trennen.

Heute kann nicht mehr bestritten werden, daß dieser Bundespräsident, wie wir es vorausgesagt haben, der Republik schweren Schaden zufügt, das Ansehen Österreichs in der Welt

herabsetzt. Man braucht sich bloß vorzustellen, was es bedeutet, daß jeder die Möglichkeit hat, das Staatsoberhaupt Österreichs als hinterhältigen Lügner zu bezeichnen, ohne eine Klage des Bundespräsidenten fürchten zu müssen.

Hinzu kommt, daß 1988 das Jahr des Gedenkens an den Überfall Hitlerdeutschlands auf Österreich vor 50 Jahren sein wird. Aber dieses Gedenken wird überschattet durch die Anwesenheit eines Bundespräsidenten, der öffentlich erklärt hat, er habe im Hitlerkrieg seine Pflicht erfüllt und dem nachgewiesen werden konnte, daß er mehrmals gelogen hat. Es ist daher naheliegend, daß an den Bundespräsidenten der eindringliche Appell gerichtet wird, er möge noch vor dem Gedenkjahr 1988 im Interesse Österreichs zurücktreten. Die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus werden auf dem Bundesparteitag, unterstützt von anderen, diesen Standpunkt vertreten.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesparteitages 1987 gehört es auch, klarzustellen, daß Österreichs Sozialisten eine Reinwaschung des Austrofaschismus im kommenden Gedenkjahr nicht zulassen werden. Es hat in letzter Zeit wiederholt Versuche von konservativen Historikern und prominenten ÖVP-Politikern gegeben, die Legende vom christlichen Ständestaat als Bollwerk gegen den Nazismus zu verbreiten. Ebenso wurde versucht, Engelbert Dollfuß als österreichischen Freiheitshelden hinzustellen.

Diese Geschichtslüge darf nicht unwidersprochen bleiben. Dollfuß ist von den Nazis, die ihn hilflos verbluten ließen, ermordet worden. Er gehört daher zu den Opfern des braunen Terrors. Aber seine Politik diente nicht dem österreichischen Freiheitskampf, sondern bereitete den braunen Mördern den Weg nach Österreich.

Noch leben unter uns Zeugen der Zeit. Sie können aus persönlicher Erfahrung bestätigen, wie sehr sich Österreichs Sozialisten, auch nach dem Februar 1934, bemüht haben, eine gemeinsame Front aller patriotischen Österreicher gegen den Naziaggressor zustandezubringen. Es genügt, an die historische Betriebsrätekonferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim wenige Tage vor der Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland zu erinnern. Aber diese Bemühungen scheiterten an der unversöhnlichen Haltung Schuschniggs, der es vorzog, würdelos vor Hitler zu kapitulieren. Es wird Aufgabe des Bundesparteitages sein, mit Blick auf die Gedenkfeiern 1988 auch an diese geschichtliche Wahrheit zu erinnern.

**UNSERE  
ANTRÄGE  
AN DEN  
PARTEITAG**

(Siehe Seiten 2 und 3)



## Österreich braucht einen glaubwürdigen Bundespräsidenten

Der Bundesparteitag erinnert daran, daß die Sozialisten während des Bundespräsidentenwahlkampfes wiederholt vor der Wahl Kurt Waldheims gewarnt haben. Diese Warnungen wurden seit der Amtszeit Waldheims bestätigt.

Das Verschweigen von wesentlichen Teilen seiner Kriegsvorgangeneit hat, ebenso wie die Erklärung, er habe im Hitlerkrieg seine Pflicht erfüllt, dem Ansehen Österreichs in der Welt schweren Schaden zugefügt und in Österreich die Unbelehrbaren ermuntert.

Der Bundesparteitag stellt fest, daß die Sozialistische Partei in ihrer hundertjährigen Geschichte stets eine demokratische Partei gewesen ist und auch heute die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie ohne Einschränkungen anerkennt. Das gilt natürlich auch für die Wahl Kurt Waldheims, die Österreichs Sozialisten zu tiefst bedauern, aber zur Kenntnis genommen haben.

In der Demokratie bedeutet aber die Wahl eines Funktionärs nicht, daß er nach seiner Wahl nicht mehr kritisiert werden darf. Stellt sich heraus, daß

sein Wirken dem Land Schaden zufügt, so ist der Wunsch nach dem Rücktritt eines gewählten Funktionärs legitim. Der Bundesparteitag ist der Meinung und drückt damit das Bedürfnis breiter Schichten der österreichischen Bevölkerung aus, daß Dr. Kurt Waldheim durch die Art, wie er auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe reagiert, Österreich in eine äußerst ungünstige Lage gebracht hat und daher eine schwere Belastung für unser Land darstellt. Er ist auch nicht in der Lage, die in der Verfassung definierten Aufgaben des Staatsoberhauptes zu erfüllen.

Der Bundesparteitag weist darauf hin, daß unsere Republik 1988 des 50. Jahrestags des Überfalls Hitlers auf Österreich gedenken wird. Dieses historische Ereignis, das auch im Ausland größte Beachtung finden dürfte, sollte von einem glaubwürdigen Bundespräsidenten mitgestaltet werden. Auch aus diesem Grund stellt der Bundesparteitag fest: Dr. Kurt Waldheim, der demokratisch gewählt wurde, würde durch seinen Rücktritt Österreich einen großen Dienst erweisen.

## 1988 — Jahr des Gedenkens und der antifaschistischen Aktivität

Der Bundesparteitag fordert alle Organisationen der SPÖ auf, die Gedenkveranstaltungen im Jahre 1988 zu unterstützen und, wo es möglich ist, eigene Veranstaltungen durchzuführen. Es gilt, daran zu erinnern, daß es im März 1938 keinen Anschluß gegeben hat, sondern Österreich durch den Einmarsch der Naziwehrmacht von der europäischen Landkarte gelöscht wurde.

Im Mittelpunkt des Gedenkens sollten die Frauen und Männer stehen, die als Widerstandskämpfer ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs geopfert haben. Die Widerstandskämpfer gehörten verschiedenen politischen, religiösen und weltanschaulichen Richtungen an. Sie sind alle Märtyrer des Freiheitskampfes, auf den sich später das Österreich der Zweiten Republik im Ringen um den Staatsvertrag berufen hat. Wer diese Widerstandskämpfer diffamiert, beleidigt Österreich.

Auch in den Kerkern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches haben Österreicher unvorstellbares Leid ertragen. Sie sind sich damals menschlich näher gekommen und haben jenen österreichischen Patriotismus entwick-

kelt, der den Aufbau Österreichs möglich gemacht hat.

Der Bundesparteitag tritt dafür ein, bei den Gedenkfeiern an diesen „Geist der Lagerstraße“ zu erinnern und seine Bedeutung für die Zweite Republik zu würdigen. Gleichzeitig ist es aber notwendig, der Geschichtslüge von einer „geteilten Schuld“ bei der Zerstörung der Demokratie in der Zwischenkriegszeit mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch die Legende vom antinazistischen Kampf des Austrofaschismus und der Rolle von Engelbert Dollfuß als Widerstandskämpfer darf nicht unwidersprochen bleiben. Engelbert Dollfuß gehört zu den Opfern der nationalsozialistischen Bestialität. Aber seine Politik hat wesentlich dazu beigetragen, Hitler den Weg nach Österreich zu ebnen, indem er die österreichische Sozialdemokratie, die stärkste antinazistische Kraft des Landes, niederschlagen und entrechten ließ.

Der Bundesparteitag ist der Meinung, daß bei den Gedenkfeiern nicht nur von der Vergangenheit gesprochen werden soll, sondern auch von der Gefahr von rechts, die es in der Gegenwart gibt und die unsere Zukunft be-

droht. Er fordert daher alle Organisationen der SPÖ auf, das Gedenken an den März 1938 zu verknüpfen mit dem entschiedenen Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Ausländerhaß.

## Gegen den Ausverkauf verstaatlichter Betriebe

Die nach der Befreiung Österreichs vom Parlament beschlossenen Verstaatlichungsgesetze wurden mit Recht als großer geschichtlicher Fortschritt bezeichnet. Mit diesen Gesetzen wurden aus den bitteren Erfahrungen der Ersten Republik die richtigen Schlüsse gezogen. Dank der Verstaatlichung konnten wesentliche Teile der österreichischen Volkswirtschaft, vor allem die Grundindustrie, dem Zugriff des ausländischen Kapitals entzogen werden. Hat doch das ausländische Kapital in der Zwischenkriegszeit wesentlich zur Demontage der Demokratie und zur Vorbereitung des faschistischen Staatsstreichs beigetragen.

In der Zweiten Republik hat sich die Verstaatlichung in den Jahren des wirtschaftlichen Aufbaus glänzend bewährt. Sie hat später einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung geleistet und auch der privaten Wirtschaft viele Vorteile gebracht. Das sogenannte österreichische Wirtschaftswunder wäre ohne die Leistungen der verstaatlichten Betriebe nicht möglich gewesen.

Der Bundesparteitag der SPÖ bekennt sich daher zum Gedanken der Verstaatlichung, der auch im Programm der Sozialistischen Partei verankert ist. Er stellt fest, daß die Krise in Teilen der verstaatlichten Industrie kein Argument bedeutet gegen die Idee der Verstaatlichung. Die Ursachen dieser Krise sind vor allem in der internationalen Stahlkrise zu suchen, auf die Österreich keinen Einfluß hat. Hinzu kommen schwerwiegende Fehler von Managern, denen jede Beziehung zu den Zielen der Verstaatlichung fehlt.

Der Bundesparteitag der SPÖ wendet sich gegen die Ausnützung dieser Schwierigkeiten durch die konservativen Gegner der Verstaatlichung, die in der ÖVP und FPÖ zu finden sind. Er fordert die Bundesregierung und die sozialistischen Abgeordneten auf, entschieden allen Plänen entgegenzutreten, die den Ausverkauf verstaatlichter Betriebe an das inländische und ausländische Kapital zum Inhalt haben. Der Bundesparteitag der SPÖ erkennt die Notwendigkeit von Struktur reformen, betont aber, daß diese ohne Preisgabe der Verstaatlichung durchgeführt werden sollen. Im Sinne des Parteiprogramms der SPÖ ist bei diesen Struktur reformen eine weitge-

*Fortsetzung auf Seite 3*



Fortsetzung von Seite 2

hende Mitbestimmung der Betroffenen und ihrer Betriebsräte unumgänglich notwendig. Konzepte, die nach ausschließlich betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten von Managern erstellt wurden, können bestenfalls als Diskussionsgrundlage dienen. Es ist notwendig, die soziale Demokratie, zu der sich das Parteiprogramm der SPÖ bekennt, auch bei den Strukturformen in der verstaatlichten Wirtschaft anzuwenden.

### **Gegen eine Sanierung auf Kosten der sozial Schwachen**

Der Bundesparteitag der SPÖ bejaht grundsätzlich die Bemühungen, das Budget zu konsolidieren. Aber diese Sanierung darf nicht einseitig auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und Arbeitslosen, also der sozial Schwachen, erfolgen. Ein solches Sanierungskonzept widerspricht den sozialistischen Grundsätzen. Auch die Großverdiener, die riesige, oft nicht versteuerte Geldsummen gehortet haben, müssen zur Sanierung des Budgets herangezogen werden. Das gleiche gilt für jene Unternehmer und Spitzenmanager, die über hohe Einkünfte verfügen und oft Steuerhinterzieher sind.

Der Bundesparteitag der SPÖ fordert daher die Bundesregierung und die sozialistischen Abgeordneten dazu auf, bei der kommenden Steuerreform dafür zu sorgen, daß die Kapitaleigentümer härter angefaßt werden. Aus der Statistik geht hervor, daß in Österreich eine Umverteilung zugunsten der Reichen vor sich gegangen ist. Die Steuerreform sollte dieser Entwicklung entgegenwirken. Der Bundesparteitag der SPÖ hält daher die Besteuerung der Zinsenerträge, ohne Belastung der kleinen Sparer, für notwendig.

### **Für atomare Abrüstung**

Der Bundesparteitag der SPÖ unterstreicht, daß die österreichische Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit für die Abrüstung eintritt. Diese sollte durch die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts auf dem tiefsten möglichen Niveau eingeleitet werden. Die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen dient nicht der Erhaltung des Friedens, sondern fördert die Kriegsgefahr. Die sogenannte Politik der Stärke ist durch eine friedliche Politik der Sicherheitspartnerschaft zu ersetzen.

Österreichs Sozialisten sehen in der Existenz von atomaren Waffen eine Bedrohung der internationalen Sicherheit. Sie räumen daher allen Maßnahmen, die der Abwendung der Gefahr eines Atomkriegs dienen, höchsten Vorrang

## **Verstärkter Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Ausländerhaß**

Der Bundesparteitag der SPÖ stellt fest, daß neonazistische, antisemitische und ausländerfeindliche Tendenzen in Österreich, insbesondere seit der Bundespräsidentenwahl, beunruhigende Formen angenommen haben. Diese Tendenzen werden nicht nur von Neonazigruppen vertreten, sondern sind auch in demokratischen Parteien anzutreffen. Die antisemitischen Exzesse des Linzer Vizebürgermeisters und ÖVP-Funktionärs Hödl dürfen nicht als Einzelfall betrachtet werden.

Der Bundesparteitag hält es für notwendig, die gesetzlichen Bestimmungen, die gegen solche Umtriebe geschaffen wurden, in Zukunft konsequenter anzuwenden. Sollten sich diese gesetzlichen Bestimmungen als unzureichend erweisen, sind sie zu novellieren oder durch neue zu ersetzen.

Der Bundesparteitag der SPÖ ist sich darüber im klaren, daß gesetzliche Maßnahmen allein nicht ausreichen,

### **Umstellung der Rüstungs- auf Friedensproduktion**

Seit Jahren führt der Rüstungsexport österreichischer Unternehmungen zu Skandalen und Protesten, die auch dem Ansehen des neutralen Österreich im Ausland schweren Schaden zufügen. Immer häufiger müssen sich die Gerichte mit diesen suspekten Geschäften beschäftigen.

Der Bundesparteitag der SPÖ tritt für die Beibehaltung der entsprechenden Gesetze über Waffenexporte ein und hält ihre Verschärfung für notwendig. Gleichzeitig muß aber festgestellt werden: Solange in österreichischen Betrieben Rüstungsgüter erzeugt werden, wird es beim Verkauf dieser Waren ins Ausland die Gefahr von Gesetzesverletzungen geben. Daher besteht

ein. Die SPÖ verlangt auch die sofortige Einstellung aller Atomwaffenversuche in Ost und West.

Der Bundesparteitag der SPÖ weist darauf hin, daß durch die Initiativen von sowjetischer Seite der Prozeß der Abrüstung gefördert wurde. Der Parteitag begrüßt diese Initiativen und hofft auf einen baldigen Abschluß zwischen den Weltmächten über die Beendigung des Wettrüstens. Die dadurch freiwerdenden materiellen Mittel sollten in den Dienst des Kampfes gegen den Hunger in der Welt gestellt werden.

Der Bundesparteitag der SPÖ betont, daß auch die konventionelle Abrüstung für den Entspannungsprozeß

um den Ungeist des Neonazismus, des Antisemitismus und des Ausländerhasses wirksam zu bekämpfen. Der Bundesparteitag tritt daher für eine verstärkte Aufklärungsarbeit in den Schulen, aber auch in den eigenen Organisationen ein. Alle sozialistischen Organisationen werden vom Bundesparteitag aufgefordert, den Themen Neonazismus, Antisemitismus und Ausländerhaß in ihren Bildungsprogrammen breiten Raum zu gewähren. Dazu gehört auch der Besuch des Konzentrationslagers Mauthausen und anderer Gedenkstätten.

Der Bundesparteitag weist darauf hin, daß im Kampf gegen den braunen Ungeist auch jeder einzelne seinen Beitrag leisten sollte. Er fordert alle Parteimitglieder und darüber hinaus alle Antifaschisten auf, Äußerungen nazistischen Inhalts, wo immer sie gehört werden, entschieden entgegenzutreten. Ohne Zivilcourage gibt es keinen Antifaschismus.

die Hauptaufgabe darin, anstelle von Rüstungsgütern Waren des zivilen Verbrauchs zu erzeugen.

Bei dieser Umstellung der Produktion muß auf jene Arbeitnehmer Rücksicht genommen werden, deren Arbeitsplätze gefährdet sein werden. Grundsätzlich stellt aber der Bundesparteitag fest: Die Rüstungsproduktion ist auch aus volkswirtschaftlichen Gründen abzulehnen. Es ist kein Zufall, daß jene Länder, in denen besonders viele Rüstungsgüter produziert werden, auch eine hohe Arbeitslosenrate aufweisen. Ein immerwährend neutrales Land wie Österreich sollte bei der Einstellung der Rüstungsproduktion mit gutem Beispiel vorangehen.

von größter Bedeutung ist. Im Ringen um diese konventionelle Abrüstung sollten auch die neutralen und blockfreien Staaten, zu denen Österreich gehört, eine aktive Rolle spielen. In dem Maße, in dem es gelingt, die atomaren Arsenale abzubauen, werden konventionelle Abrüstungsverhandlungen eine große Chance haben.

Der Bundesparteitag der SPÖ spricht sich erneut gegen alle Pläne der Militarisation des Kosmos aus. Er begrüßt die Weigerung angesehener Wissenschaftler in den USA, an diesen abenteuerlichen Plänen, die die Existenz der Menschheit gefährden, teilzunehmen.



Die vier Opferverbände, welche die Opfer des Faschismus (Inhaber von Opferausweisen und Amtsbescheinigungen beziehungsweise ihre Angehörigen) vertreten, haben beschlossen, gemeinsam ein Mahnmal zu Ehren der Opfer des Faschismus in Linz zu errichten.



Modell des von Bildhauer Leopold Grausam entworfenen Mahnmals zu Ehren der Opfer des Faschismus.

Michael Häupl/Ernst  
Nedwed/Peter Pelinka

## Gegen den Strom

Festschrift zum 70. Geburtstag  
von Josef Hindels

Mit Beiträgen von

Detlev Albers, Maria Berger,  
Paul Blau, Karl Blecha, Christian Cap,  
Alfred Dallinger, Herbert Exenberger,  
Alfred Gusenbauer, Michael Häupl,  
Eva Kreisky, Erwin Lanc, Manfred Matzka,  
Ernst Nedwed, Wolfgang Neugebauer,  
Peter Pelinka, Hugo Pepper, Georg Scheuer,  
Gerhard Steger, Hans Waschek, Ernst Winkler (†)

Erhältlich zum Preis von  
120 Schilling bei der SPÖ-Information,  
1014 Wien, Löwelstraße 18.

# Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Linz

Zu diesem Zweck hat der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gemeinsam mit der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, dem Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus — KZ-Verband — und dem Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinschaft eine Arbeitsgemeinschaft gegründet.

Es gibt in Österreich zahlreiche Denkmale für die in den Weltkriegen gefallenen Soldaten, jedoch nur wenige Gedenkstätten für die vielen aufrechten Männer und Frauen, die sich als Zivilisten der NS-Diktatur widersetzt haben und dafür ihr Leben verloren oder ihres Glaubens oder ihrer Abstammung wegen von den NS-Scheren brutal gequält und ermordet worden sind. Wir werden deshalb ein Mahnmal für alle Opfer des Faschismus in Oberösterreich errichten und Ende April 1988 feierlich enthüllen.

### Auf dem Bernaschekplatz

Als Aufstellungsort wurde in einem Gespräch mit dem Bürgermeister der

Landeshauptstadt Linz, Professor Hugo Schanovsky, der Bernaschekplatz in Linz-Urfahr bestimmt. Das aus Mühlviertler Granit und Bronze zu errichtende Mahnmal wird sich harmonisch in diesen schönen Park einfügen. Es ist ein ruhiger Ort, der Verweilen auf bequemen Sitzbänken sowie innere Sammlung und Besinnung gestattet. Auch zum Namenspatron des Platzes hat das Mahnmal eine Beziehung: Der Widerstandskämpfer Richard Bernaschek wurde am 18. April 1945 im Konzentrationslager Mauthausen von der SS nach brutalen Verhören und Folterungen durch Genickschuß ermordet.

Die Kosten für die Errichtung des Mahnmals werden zirka 1,5 Millionen Schilling betragen und sollen durch Subventionen des Landes Oberösterreich, der Landeshauptstadt Linz, der Arbeiterkammer und der Handelskammer sowie durch einen Spendenauftrag an heimische Großbetriebe, an die oberösterreichischen Mandatare und namhafte Persönlichkeiten aufgebracht werden.

## Besinnung und Wachsamkeit notwendig

Bundeskanzler Vranitzky in Auschwitz und Birkenau

Der Bundeskanzler, Genosse Dr. Franz Vranitzky, hielt sich vom 21. bis 24. September 1987 zu einem offiziellen Besuch in Polen auf, in dessen Rahmen er auch die früheren Nazi-Vernehmungslager Auschwitz und Birkenau besichtigte.

Aus diesem Anlaß erklärte Genosse Vranitzky, jedes Mahnmal im Zusammenhang mit Nationalsozialismus und Faschismus bedeute für ihn immer dasselbe, nämlich das absolute Gebot, immer wieder und jeden Tag von neuem wachsam zu sein, daß solche Entwicklungen nicht wieder eintreten. „Ich halte dieses Wachsamsein deshalb für notwendig, weil ich befürchte, daß der Faschismus eine latente (=verborgene, die Red.) Erscheinung ist, die jeden Tag wieder kommen kann, wenn auch in einem anderen Kleid, in einer anderen Gestalt als damals, und daher muß man wachsam sein“, sagte Genosse Vranitzky. Auschwitz sei ein in besonderer Weise perfekt organisierter Betrieb der Bestialität gewesen, in dem Menschen ums Leben gekommen sind oder gequält und gefoltert wurden. „Ich glaube, es ist notwendig, sich dessen immer wieder zu besinnen und erneut

immer wieder wachsam zu sein“, betonte der Bundeskanzler.

„In Trauer und bereit  
zum Kampf gegen jede  
Wiederholung.“

(Mit diesen Worten trug sich Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky in das Gästebuch der Gedenkstätte von  
Auschwitz ein.)

### Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Dr. Peter Grabensberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Hans Waschek. Fotos: Grabensberger (1), Waschek (3).



## Gedenkfahrt nach Lidice und Theresienstadt

**Der Jugend die Gefahren des Faschismus gerade in der heutigen Zeit vor Augen zu führen und diese gemeinsam zu bekämpfen stand im Mittelpunkt unserer diesjährigen Gedenkfahrt nach Lidice und Terezin (Theresienstadt). Ein Treffen mit Freunden der tschechischen Widerstandsbewegung bewies, wie sehr die antifaschistische Bewegung trotz ideologisch-ökonomischer Unterschiede in den Gesellschaftssystemen die Länder vereint.**

„Ohne ein Wort des Abschieds trennten sich die Familien, nicht wissend, daß sie einander nie mehr wiedersehen würden.“ Ein Videofilm und die filmische Darstellung der Greuel im kleinen Dorf Lidice, einer tschechischen Bergarbeitersiedlung bei Kladno westlich von Prag, bildeten den Auftakt zu einer Gedenkfeier, an der mehr als 60 Genossinnen und Genossen aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, dem Burgenland und der Steiermark teilnahmen. Der Wiener Verbandsobmann Robert Blau mahnte, sich in Ehrfurcht vor den Toten des Dorfes zu neigen, die der grausamen „Vergeltung“ für eine vermeintliche Beteiligung am Attentat auf den brutalen SS-Schergen Reinhard Heydrich (1942) zum Opfer gefallen waren. „142 erwachsene Männer“ (so die offiziellen Polizeiangaben), also ab dem 16. Lebensjahr alle männlichen Bewohner, waren in einer Blitzaktion hingerichtet worden, dazu noch 11 Arbeiter der Spätschicht und 15 bereits inhaftiert gewesene tschechische Legionäre. 184 Frauen waren in das KZ Ravensbrück verschleppt worden, ebenso alle in Lidice lebenden Kinder.

### „Nur wenige wissen davon“

Greuel unvorstellbarer Art, an die die überlebende Alena Přihodová in ihren Dankesworten für die Totenehrung er-

innerte. Sie bat ebenso wie Genosse Blau, die Jugend aufzuklären und im Kampf gegen den Antifaschismus zu bestärken. Wobei unser Gedenkredner dies mit der Feststellung unterstrich, daß diese Beispiele der Grausamkeit unter dem NS-Regime in Österreich viel zu wenig zur Kenntnis genommen würden; ja, daß eine Straßenbefragung über Lidice wohl die traurige Erkenntnis brächte, daß „nur einzelne, wenige, etwas davon wissen“.

Bei einem Gang durch den von Jugendlichen aus vielen Ländern angelegten Rosengarten — die Reisetilnehmer wurden von Dr. Otokar Hruban, der in Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, kundig geführt — zeigte sich leider, daß es nur unter großen Problemen mangels Arbeitern möglich ist, diese symbolhaft eindrucksvolle Anlage entsprechend zu pflegen.

### „Kämpft mit uns!“

Erinnerungen und persönliche Betroffenheit vieler Genossinnen und Genossen prägten den Besuch des ehemaligen KZ in Terezin (Theresienstadt), wo der trotz eines Gipsfußes emsige Reiseleiter Genosse Kurt Schmidt — ihm galt ebenso der Dank aller wie seinem „Kompagnon“ Genossen Alois Ballek — eine Gedenkrede des leider erkrankt gewesenen Genossen Edi Schlesinger bei der Kranzniederlegung

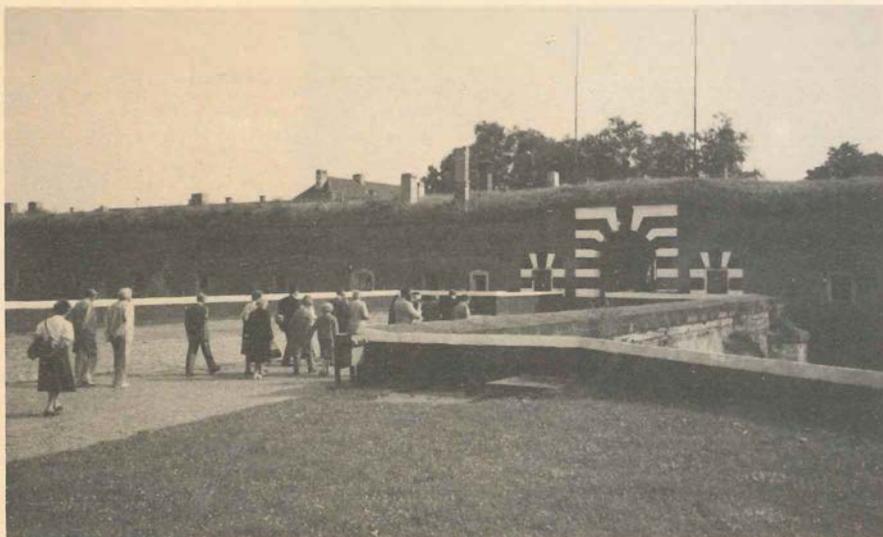


Genosse Robert Blau am Friedhof der Opfer von Lidice. Neben ihm Alena Přihodová.

vor dem Mahnmal verlas. Der Rückblick auf die Entstehungsgeschichte dieses Lagers zeigte eindrucksvoll auf, wie gerade ältere dort inhaftiert gewesene Menschen glaubten, nur in ein Altersheim gebracht zu werden. Wenn man österreichische Freiheits- und Widerstandskämpfer anlässlich ihrer Gedenkfahrten fragte, ob diese überhaupt notwendig seien, weil damit „alte Wunden aufgerissen“ wurden, könne die Antwort nur „Ja“ lauten. Die Fragenden würden ja auch die Gräber ihrer Lieben und Freunde besuchen: „Und wir legen vor den Mahnmalen Blumen nieder, für unsere Gestorbenen, für die es keine Gräber gibt. Für uns, die wir diese furchtbare Zeit überstanden haben, ist dies eine Verpflichtung.“ Und weiter: „So wende ich mich am Schluß meiner Ausführungen an euch Junge und Jüngsten. Setzt alles daran, daß Zeiten wie Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Mauthausen, Ravensbrück und Theresienstadt nie wieder entstehen. Kämpft mit uns gegen Unfrieden und Barbarei... Wir wollen keine Rache, aber niemals vergessen, haltet den Frieden und die Freiheit fest, es ist das höchste Gut der Menschen.“

Unsere steirischen Freunde, unter ihnen der SPÖ-Landespartei sekretär LABg. Franz Trampusch und der Landessekretär des Gemeindevertreterverbandes, Genosse Hans Eichhaber, übergaben abschließend den Tsche-

Fortsetzung auf Seite 6



Auf dem Weg in das ehemalige Konzentrationslager Theresienstadt, die frühere „kleine Festung“.



Genosse Kurt Schmidt trägt auf dem Friedhof der Opfer von Theresienstadt die Gedenktafel des Genossen Schlesinger vor (neben ihm Genosse Herzog).

Fortsetzung von Seite 5

chen Bücher über die Geschichte der steirischen Arbeiterbewegung.

### Gemeinsam gegen den Faschismus

Der gemeinsame Kampf aller antifaschistischen Kräfte stand im Mittelpunkt des Treffens mit ehemaligen tschechischen Kampfgefährten und -gefährten. Die tschechische Kameradin Dozent Mlada Taufrova verwies wie Genosse Alfred Franzmayr als Mitglied des Bundesvorstandes auf die gemeinsamen Bemühungen um Frieden und Freundschaft. Genosse Alois Ballek überreichte den Tschechen als Geschenk Kristalle, deren Flächen die Dauerhaftigkeit der Kontakte über die Grenzen hinaus symbolisieren sollten. Genosse Kurt Schmidt rezitierte mit seiner vom Reinhardt-Seminar her bestens geschulten Stimme eindrucksvoll das antifaschistische Gelöbnis. Anschließend stellte Genosse Robert Blau unsere Delegation vor.

Die Tschechen mit Delegationsleiterin Mlada Taufrova ihrerseits übergaben Gläser mit eingeritzten Lidicer Rosen, als „Nachbarn der ČSSR, immer gemeinsam verbunden in diesem heutigen Kampf gegen den Faschismus“.

In einer Diskussion tauschten dann Teilnehmer aus Österreich und der Tschechoslowakei Erfahrungen aus dem Verbandsleben aus, wobei von unserer Seite die Hoffnung bestärkt wurde, über die beiden Vereinigungen auch die Grenzen zwischen den beiden Staaten mehr als bisher öffnen zu können. Miroslav Knourek bekräftigte dann abschließend namens der ČSSR-Delegation, daß „wir uns unserer Tätigkeit im und nach dem Krieg nicht zu

schämen brauchen“, und unterstrich die guten Beziehungen zur österreichischen Delegation.

### Im „goldenen“ Prag

Neben diesem offiziellen Programm blieb den Teilnehmern genügend Zeit, in den sechs Tagen der Fahrt die „goldene Stadt“ Prag näher kennenzulernen. Unsere beiden tschechischen Freunde Otokar und Elisabeth bemühten sich, uns die Schönheiten dieser Stadt näherzubringen. Im Hotel Olympic bestens untergebracht und mit kulinarischen Genüssen mehr als versorgt, stimmten die Genossinnen und Genossen überein, daß es sich um eine der

schönsten Fahrten — dank der Organisation der Genossen Kurt Schmidt und Alois Ballek — gehandelt hatte. Selbst die Grenzkontrollen blieben bei Hin- und Rückfahrt mit jeweils rund einer Stunde Wartezeit im Rahmen des Erträglichen.

Ein Wermutstropfen war lediglich zu verspüren, weil einige Genossinnen und Genossen, vor allem aber Genossin Rosa Jochmann, im letzten Augenblick von einer Teilnahme abgehalten worden waren. Sie konnten aber dessen gewiß sein, daß nicht nur einmal ihrer freundschaftlich gedacht worden war.

*Das ist der Weg nach Theresienstadt,  
Voll Lelden ungemessen.  
Und wer ihn einmal gesehen hat,  
Der wird ihn nie mehr vergessen.*

*(Aus einem Gedicht von Ilse Weber)*

Bleibt zu hoffen, daß es wiederum gelingt, eine solche Gedenkfahrt zu organisieren, und daß möglichst viele daran teilnehmen können. Vor allem aber jüngere Menschen. Denn es ist Hauptaufgabe des Verbandes, über die Generation „danach“, also jene, die nicht mehr selbst die NS-Greuelherrschaft hatten erleben müssen, den Kampf gegen den Faschismus, der heute notwendiger denn je zuvor ist, fortzusetzen. Im Sinne der Opfer, die die sozialistischen Freiheits- und Widerstandskämpfer gebracht haben, und im Sinne einer solidarischen Freundschaft aller Völker.



Gen. Ballek überreicht Dozentin Mlada Taufrova ein Geschenk der Freiheitskämpfer (rechts im Bild Genosse Alfred Franzmayr).



# Der Weg zum März 1938

Vom Austrofaschismus zur Nazibarbarei

**Nach dem Pakt der Austrofaschisten mit Nazi-Deutschland im Juli 1936 nahmen die Revolutionären Sozialisten folgende Einschätzung der politischen Lage vor. Aus: Arbeiter-Zeitung. Organ der österreichischen Sozialisten. Nr. 31, 2. August 1936, 3. Jahrgang.**

## Wohin geht Österreich?

Der Pakt Schuschnigg mit Hitler wird schrittweise durchgeführt werden. Der wichtigste Schritt, die Neubildung der Regierung, dürfte bald, spätestens im Herbst erfolgen.

Die national Betontene, die in der gegenwärtigen Regierung durch den Herrn Glaise-Horstenaus vertreten sind, sollen in der neuen Regierung neben Glaise-Horstenaus noch drei Vertreter bekommen: zwei aus den Reihen der alten Großdeutschen, einen aus den Reihen des Landbundes.

Damit wird die alte Seipel-Koalition, der alte Bürgerblock wieder hergestellt sein. Nur daß Seipels Bürgerblock verfassungsmäßig und parlamentarisch regieren mußte, daher eine starke sozialistische Opposition seiner Macht Schranken setzen konnte, während der neue Bürgerblock die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat mit den Mitteln einer faschistischen Diktatur ausüben will.

Zugleich wird die Aufnahme von drei national Betontene in die Regierung Herrn Hitler die Gewähr geben, daß Österreich außenpolitisch völlig in die Gefolgschaft Hitler-Deutschlands geraten wird.

Die Nazi werden trotzdem ihren illegalen Kampf fortsetzen. Aber die braunen Illegalen werden unter dem Schutz der national betontene Minister stehen.

Man ist sich im deutschnationalen Lager klar darüber, daß ein solcher Zustand nicht lange dauern wird können. Man hofft, er werde in kurzer Zeit damit enden, daß auch die Nazi werden in die Regierung aufgenommen werden.

Sind aber die Nazi erst in der Regierung, dann wird sich in Österreich wiederholen, was 1933 in Deutschland geschehen ist: dann werden die Nazi sehr schnell ihre Bundesgenossen von der Macht stoßen, ihre schrankenlose Alleinherrschaft aufrichten.

So droht die Entwicklung zur völligen Gleichschaltung Österreichs, zur völligen Aufsaugung Österreichs durch Hitler-Deutschland zu treiben.

Dies ist die größte Gefahr, die die österreichische Arbeiterklasse sowohl in ihrem eigensten Interesse als auch im Interesse des europäischen Gesamtproletariats bekämpfen muß.

sind die Hauptstützen des Sozialismus. Wenn die Betriebe wieder kampffähig werden; wenn die Betriebsarbeiter nicht alles mehr geduldig hinnehmen, sondern endlich wieder zu kämpfen wagen; wenn große Kämpfe in den Betrieben dem Bürgertum und der Bauernschaft den Beweis erbringen, daß die Arbeiterklasse wieder kampffähig, wieder eine Macht ist, dann, aber auch nur dann werden breite Schichten des Bürgertums und der Bauernschaft sich um die Arbeiterklasse scharen, um mit ihr die drohende Gefahr der Hitlerisierung Österreichs abzuwehren.

Der Klerikofaschismus hat alle Verbrechen, die er am österreichischen Volke begangen hat, damit gekrönt, daß er den Nazi Tür und Tor geöffnet, daß er die Unabhängigkeit Österreichs verraten hat. Jetzt gilt es, eine starke Front aller zu bilden, die Österreichs Un-

Kein Zweifel, es gibt auch im Bürgertum und in der Bauernschaft Schichten, die sich dieser Entwicklung widersetzen, die die wirkliche Unabhängigkeit Österreichs gegen Hitler verteidigen wollen. Aber diese Schichten sind atomisiert, unorganisiert. Sie haben dank der ständischen Verfassung keine selbständigen Organisationen mehr. Die Organisationen, in die sie hineingepréßt sind, werden von der Faschistenregierung beherrscht und sind nur Organe der Faschistenregierung. Ihre Führer, alle die Reither, Ender, Kunschak, Staud, die »Demokraten« von vorgestern, die im Jahre 1934, alle ihre Treueschwüre für die Demokratie brechend, feig und verräterisch zum Faschismus übergelaufen sind, sind weder fähig noch willens, den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, der jetzt den Nazi die Tore öffnet.

Auch die Kirche ist keineswegs die Kraft, die die bürgerlichen Massen gegen die Gleichschaltung Österreichs führen wollte und könnte. Der Vatikan verhandelt mit Hitler. Er sucht den Frieden mit Hitler. Er ist bereit, Österreich Hitler preiszugeben, um damit ein paar Zugeständnisse Hitlers an die reichsdeutschen Katholiken zu erkaufen.

Die nazifeindlichen Bürger und Bauern, die an der Unabhängigkeit Österreichs festhalten, sich nicht mit Deutschland gleichschalten, sich nicht Hitler unterwerfen wollen, sind daher nicht imstande, den Kampf gegen die drohende Gefahr der Hitlerisierung Österreichs selbständig zu führen. Sie können den Kampf gegen diese Gefahr nicht anders führen, als indem sie sich um die sozialistische Arbeiterklasse scharen, mit der sozialistischen Arbeiterklasse verbunden.

Aber noch halten uns diese Schichten des Bürgertums und der Bauernschaft nicht für kampffähig, nicht für einen starken Bundesgenossen, mit dem zusammen sie den Hitlerismus in Österreich besiegen, die Unabhängigkeit Österreichs retten können. Nur wenn wir uns kampffähig und stark erweisen, nur dann werden sie Mut fassen, Schulter an Schulter mit uns sich der drohenden Gefahr der Hitlerisierung Österreichs entgegenzuwerfen.

Die Macht der Arbeiterklasse beruht auf ihrer Funktion im Produktionsprozeß. Die Betriebe

abhängigkeit gegen Hitler retten wollen. Aber der Kern dieser Front kann nur die sozialistische Arbeiterklasse sein. Und nur eine kampffähige Arbeiterklasse wird diese Front zu formieren vermögen!

Darum ist in dieser Stunde die wichtigste Aufgabe, das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse zu wecken, ihren Kampfesmut wieder zu beleben, sie an der entscheidenden Stelle, in den Betrieben, wieder in den Kampf zu führen!

Die Hitler-Gefahr ist nah. Nun gilt es, alle Anstrengungen zu verdoppeln und zu verdreifachen. Nur die Wiederbelebung der Kampfkraft und des Kampfesmutes der Arbeiterklasse kann die verrätene Unabhängigkeit Österreichs retten.

Das Gedenkjahr 1988 wird uns nicht nur zahlreiche Veranstaltungen, sondern auch eine Flut von Büchern beschern. Das läßt sich jetzt bereits absehen. Es ist wohltuend, daß zu den ersten Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang ein Buch zählt, das sich mit „Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit“ beschäftigt und die Dinge gleich im Vorwort beim richtigen Namen nennt. Die Herausgeber von „Das große Tabu“ (Edition S, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1987, 197 Seiten, 248 Schilling), die Professoren Anton Pelinka und Erika Weinzierl, weisen gleich einleitend darauf hin, daß Österreich seit einiger Zeit nicht aus den Schlagzeilen der Medien kommt: „Frischenschlagers Handschlag mit Reder; die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten; der Aufstieg Jörg Haider zum Bundesparteiobmann der FPÖ und deren Wahlerfolg.“ Das und noch anderes verleihe Österreich ein negatives „Image“: „Österreich gilt nun vielen in der Welt als ein Land, das sich seiner Vergangenheit nicht stellt, das, schon einmal eine Brutstätte des Nationalsozialismus, aus seiner Vergangenheit wenig oder gar nichts gelernt hat.“

## Bücher zum Gedenkjahr

„Nicht verdrängen — nicht gewöhnen“ ist der Titel einer Sammlung von Texten des Dichters Erich Fried „zum Thema Österreich“ (herausgegeben von Michael Lewin, Europaverlag, Wien 1987, 268 Seiten, 198 Schilling). Der große Humanist Fried kommt darin mit älteren und brandaktuellen Texten zu Wort, die es wert sind, einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden zu sein. Der Band enthält etwa die Festrede, die Fried am 13. September 1987 zur Eröffnung des Internationalen Brucknerfestes in Linz vorgetragen hat, sowie eine weitere Rede vom 30. April 1987, gehalten anlässlich der Maiveranstaltung der Salzburger SPÖ, eine Reihe von Betrachtungen, Polemiken und, natürlich, Gedichten. Erich Fried, der Waldheim in seiner Linzer Festrede nicht beim Namen nannte, hat diesem Mann sechs Limericks gewidmet, von denen eines den Titel „Die ‚Jetzt erst Reden‘“ trägt:

*Im März '38 gab's Feste,  
denn vielen schien Adolf der Beste.  
Die dem Waldheim heut' huldigen  
und die Juden beschuldigen, —  
gibt's von damals bei denen noch Reste?*

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender

## Niederösterreich

**Aufschriften auf Kriegerdenkmälern.** Von aufmerksamen Genossen wurden wir darauf hingewiesen, daß an einigen Kriegerdenkmälern — die auf Initiative des Kameradschaftsbundes errichtet wurden — tendenziöse deutschnationale (unösterreichische) Aufschriften angebracht sind. Obzwar Österreich als Opfer des Faschismus schon ab März 1938 betrachtet wird, schwelgen manche Kriegsveteranen heute in falscher Nostalgie.

Richtig ist: Hitlers Krieg war NIE UNSER KRIEG, es war der Krieg der Nazis! Wir wären den Genossen sehr dankbar, wenn sie uns fragwürdige Texte von Kriegerdenkmälern in Niederösterreich bekanntgeben würden.

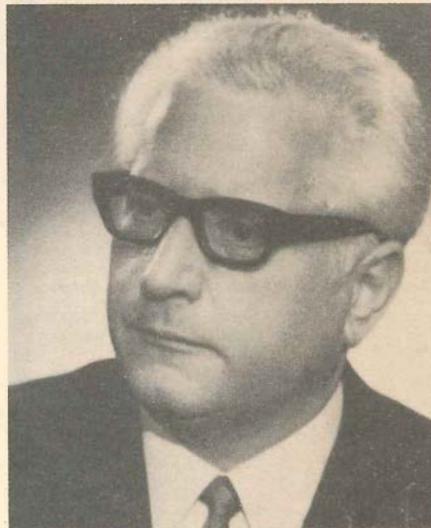
**Präsentation der NÖ-Dokumentation über Widerstand und Verfolgung.** Nach langen Vorbereitungen ist es nun endlich so weit: Die ersten Exemplare der Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934—1945“ wurden am 28./29. September 1987 der Öffentlichkeit präsentiert. Mit der Auslieferung der Bestellungen ist im Oktober zu rechnen.

## Eduard Studener zum Gedenken

Tieferschüttert stehen wir an deiner Bahre und können es nicht fassen, daß wir dich nicht mehr sehen, daß wir dir nicht mehr Freundschaft sagen können! Dein Leben ist, nach langer, schwerer Krankheit, erloschen. Und es war ein Leben, an dem ich fast 60 Jahre auch Anteil hatte. Ein Leben, das, wie es das Schicksal unserer Generation ist, hart und schwer war und das zum überwiegenden Teil der Arbeiterbewe-

gung, der Sozialistischen Partei gewidmet war.

Vom ersten Tag der Volksschule in der Michaelerstraße an — auch heute sind noch Schulfreunde von damals hier — haben wir uns gekannt und waren Freunde. Durch den Krieg wurden wir getrennt, und du hast eine schwere Verwundung davongetragen, an der du zeitlebens zu leiden hattest. Erst als



ich 1948 von der russischen Kriegsgefangenschaft heimkehrte, sind wir uns wieder begegnet. Und es war für uns als politisch denkende Menschen naheliegend, daß wir schon damals viel diskutierten. Du warst in der Oesterreichischen Nationalbank und ich im Wiener Gaswerk tätig, und es hat mich riesig gefreut, als du mir eines Tages sagtest, du trittst der SPÖ, der Bezirksorganisation Alsergrund, bei. Das ist nun mehr als 30 Jahre her!

Aber du warst immer ein aktiver Mensch! Daher warst du nicht nur Mitglied der 6. Sektion, sondern bald auch Mitarbeiter. Du wurdest Bildungsreferent, warst im Bezirksbildungsausschuß und wurdest schließlich Bildungsvorsitzender des Alsergrundes

und auch Stellvertretender Wiener Bildungsvorsitzender. Eine Aufgabe, die du mit Begeisterung erfüllt hast!

Du wurdest aber auch 1973 Bezirksrat. Und ich kann heute als dein ehemaliger Bezirksvorsteher sagen: Du warst ein guter, ein sehr aktiver, ein engagierter Bezirksrat, und es hat nichts in deinem Bereich gegeben, das du nicht gewußt hättest! Und als sichtbares Zeichen der Anerkennung wurde dir von der Wiener Landesregierung das „Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien“ verliehen!

Als dann dein gesundheitlicher Zustand schlechter wurde und du deine Funktionen in jüngere Hände gelegt hast — hast du dir eine besondere Funktion behalten: die des Bezirksvorsitzenden der Sozialistischen Freiheitskämpfer des Alsergrundes! Und als wahrhaft überzeugter Antifaschist hast du diese Aufgabe bis zuletzt erfüllt. Uns allen ist heute noch in Erinnerung, als du bei der letzten Bezirksjahreskonferenz in der Maria-Theresien-Straße am 15. Mai, schon gezeichnet von deiner Krankheit, einen flammenden Appell an uns gerichtet und betont hast, wie wichtig es gerade jetzt sei, „... den Anfängen zu wehren“!

Zum Abschied rufen wir dir — als langjährige Weggefährten und Freunde, denen du unvergeßlich bleiben wirst — ein letztes „Freundschaft!“ zu.

(Trauerrede von Bezirksvorsteher a. D. Genossen Karl Schmiedbauer, gehalten am 20. Juli 1987.)

## Helene Potetz zum Gedenken

Wenige Tage nach ihrem 85. Geburtstag hat uns unsere Kampfgefährtin und Genossin Helene Potetz für immer verlassen. Helene Potetz ist der Idee des Sozialismus auch in Zeiten schwerer politischer Verfolgung durch den Faschismus treu geblieben, sie war eine unermüdliche Kämpferin und bewährte sich in verschiedenen verantwortungsvollen Funktionen. Dem Wiener Landtag und Gemeinderat gehörte sie von 1945 bis 1967 an, von 1959 bis 1967 war sie Dritter Präsident des Wiener Landtages. Wir haben uns von Genossin Helene Potetz am 14. September 1987 verabschiedet, wir werden sie niemals vergessen.

## An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 15. November 1987.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgassee 4.